

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	58. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	18. Februar 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

**Punkt 9 der Tagesordnung: Neue Organisationsformen für die Aufgabenbereiche Stadtmarketing, Messe, Kongresse, Events und Tourismus**  
**Vorlage: 2013/0054**

**Beschluss:**

1. Bezüglich der **Neugründung der Karlsruhe Tourismus GmbH** beschließt der Gemeinderat Folgendes:
  - 1.1 Der Gemeinderat genehmigt nach Vorberatung im Aufsichtsrat der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) und im Hauptausschuss die Abspaltung des Geschäftsbereiches Tourismus von der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) zum 01.01.2014 auf Basis des der Vorlage als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrages. Der Vollzug erfolgt per Gesellschafterbeschluss auf der Basis eines Spaltungsplanes.

Die Gesellschaft soll die Firma „Karlsruhe Tourismus GmbH“ führen. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass durch IHK, Registergericht, Notar oder Finanzverwaltung gewünschte Anpassungen des Firmennamens oder des Gesellschaftsvertrages von der Verwaltung vorgenommen werden können.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Neugründung der Karlsruhe Tourismus GmbH erforderlichen Erklärungen abzugeben.

- 1.2 Der Vertreter der Stadt Karlsruhe in der Gesellschafterversammlung der Karlsruhe Tourismus GmbH wird ermächtigt, den bisherigen Geschäftsführer der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) Herrn Klaus Hoffmann zum nächstmöglichen Zeitpunkt zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft zu bestellen und den bestehenden Dienstvertrag mit der KMK bei der Karlsruhe Tourismus GmbH fortzusetzen. Dies erfolgt unter der Bedingung, dass Herr Hoffmann seine Geschäftsführertätigkeiten bei der KMK, der Messe Karlsruhe GmbH und der Karlsruher Sportstätten-Betriebs-GmbH (KSBG) zum selben Zeitpunkt niederlegt.
- 1.3 Das Rechnungsprüfungsamt wird mit der örtlichen Prüfung im Sinne von § 112 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg bei der zu gründenden Gesellschaft beauftragt.

- 1.4 Zur Finanzierung des sich aus der Gesamtkostenaufstellung ergebenden Zuschussbedarfs in Höhe von 2.290.000 € stehen durch vollständige Umschichtung der bisher der KMK für den Geschäftsbereich Tourismus zur Verfügung gestellten Mittel (977.250,00 €) und durch die teilweise Umschichtung der bisher der KMK zur Verfügung gestellten Verlustabdeckung (1.275.580 €) Beträge in Höhe von zusammen 2.252.830 € bereit.

Der Gemeinderat genehmigt die sich 2014 entsprechend ergebende überplanmäßige Aufwendung in Höhe von 37.170 € für PSP-Element 1.200.57.50.07 (Betriebskostenzuschuss Karlsruhe Tourismus GmbH). Die Deckung erfolgt durch die Inanspruchnahme der Deckungsreserve (PSP-Element 1.200.61.20.01.09).

- 1.5 Die Karlsruhe Tourismus GmbH beantragt die Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg. Die Stadt Karlsruhe übernimmt die Gewährträgerschaft für die sich aus der Mitgliedschaft der Karlsruhe Tourismus GmbH ergebenden Verpflichtungen.

2. Bezüglich der **Neustrukturierung der Karlsruhe Event GmbH (bisher: DAS FEST GmbH)** beschließt der Gemeinderat Folgendes:

- 2.1 Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen zur Weiterentwicklung sowie zur personellen und finanziellen Ausstattung Kenntnis und genehmigt nach Anhörung der örtlichen Selbstverwaltungsorganisation von Handwerk, Industrie und Handel sowie nach Vorberatung im Aufsichtsrat der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) und im Hauptausschuss die Neustrukturierung der Karlsruhe Event GmbH (bisher: DAS FEST GmbH) auf der Basis des der Vorlage als Anlage beigefügten Gesellschaftsvertrages.

Die Gesellschaft soll die Firma „Karlsruhe Event GmbH“ führen. Der Gemeinderat ist damit einverstanden, dass durch IHK, Registergericht, Notar oder Finanzverwaltung gewünschte Anpassungen des Firmennamens oder des Gesellschaftsvertrages von der Verwaltung vorgenommen werden können.

- 2.2 Der Gemeinderat stimmt nach Vorberatung im Aufsichtsrat der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH (KMK) und im Hauptausschuss - rückwirkend zum 01.10.2013 - dem Erwerb der von der Karlsruher Messe- und Kongress GmbH und den übrigen privaten Gesellschaftern gehaltenen Anteile an der DAS FEST GmbH in Höhe von zusammen 75.000 € zum Preis von jeweils 100 % Nominalwertes, somit 75.000 € zu.

Der Vertreter der Stadt Karlsruhe in der Gesellschafterversammlung der KMK wird ermächtigt, dem Verkauf der KMK-Anteile an der DAS FEST GmbH zuzustimmen.

- 2.3 Der Gemeinderat genehmigt die in 2014 notwendig werdende entsprechende überplanmäßige Aufwendung für PSP-Element 7.2000012.730 (Vermögenserwerb Beteiligungen) in Höhe von 75.000 €.

- 2.4 Zur Finanzierung des sich aus der Gesamtkostenaufstellung für 2014 ergebenden Zuschussbedarfs in Höhe von 505.000 € genehmigt der Gemeinderat die entsprechende überplanmäßige Aufwendung für PSP-Element 1.200.57.50.08 (Betriebskostenzuschuss Karlsruhe Event GmbH).

Die Deckung erfolgt durch Umschichtung des Zuschusses für DAS FEST 2014 (140.000 €/PSP-Element 1.410.26.20.04.02.03) sowie durch die Inanspruchnahme der Deckungsreserve (365.000 €/PSP-Element 1.200.61.20.01.09).

- 2.5 Der Vertreter der Stadt Karlsruhe in der Gesellschafterversammlung der Karlsruhe Event GmbH wird ermächtigt, den bisherigen Geschäftsführer der DAS FEST GmbH für fünf Jahre zum Geschäftsführer der neuen Gesellschaft zu bestellen und den entsprechenden Dienstvertrag zu den für städtische Gesellschaften dieser Größe üblichen Konditionen abzuschließen. Dies erfolgt unter der Bedingung, dass Herr Wacker den bestehenden Arbeitsvertrag mit der KMK aufhebt.
- 2.6 Die Verwaltung wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Neustrukturierung der Karlsruhe Event GmbH (bisher: DAS FEST GmbH) erforderlichen Erklärungen abzugeben.
- 2.7 Das Rechnungsprüfungsamt wird mit der örtlichen Prüfung im Sinne von § 112 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindeordnung Baden-Württemberg bei der neu strukturierten Gesellschaft beauftragt.
- 2.8 Die Karlsruhe Event GmbH beantragt die Mitgliedschaft bei der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbandes Baden-Württemberg. Die Stadt Karlsruhe übernimmt die Gewährträgerschaft für die sich aus der Mitgliedschaft der Karlsruhe Event GmbH ergebenden Verpflichtungen.
3. Die Verwaltung wird die erforderlichen Genehmigungen des Regierungspräsidiums Karlsruhe einholen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Klärung der noch offenen steuerlichen Fragen die weitere Ausgestaltung eines Eigenbetriebes/einer Holding für die Bereiche Stadtmarketing, Messe, Kongresse, Events und Tourismus zu konzipieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitliche Zustimmung (28 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf:

Ein heftig diskutiertes Thema, dem auch schon zwei Hauptausschusssitzungen entsprechende Zeit eingeräumt haben. Bevor wir hier in die Diskussion einsteigen, möchte ich mich schon einmal bei allen, auch aus den Reihen des Gemeinderates, ganz herzlich bedanken, die hier von Nachfragen über kritische Bemerkungen bis hin zu Vorschläge diesen Prozess begleitet haben. Wer die ursprüngliche Vorlage und die Vorlage, wie sie jetzt vorliegt, miteinander vergleicht, sieht, dass eine Kommunikation dann doch noch zu weiterer Verbesserung und zu Leistungssteigerung auf allen Seiten beiträgt.

Wir haben dazu auch noch mit den Geschäftsführungen einen Workshop gemacht, um das im Konkreten zu diskutieren. Ich darf jetzt Frau Erste Bürgermeisterin bitten, als federführende Dezernentin noch zwei oder drei Worte über das Gesamtergebnis zu verlieren.

**Erste Bürgermeisterin Mergen:** Wir schlagen Ihnen vor, dass wir die bestehenden Konstruktionen dahingehend weiterentwickeln, dass wir künftig vier Einheiten haben, die sich aber unter ein Gesamtdach fügen: das sind die Einheiten der Kongress- und Messe GmbH, dann zum Zweiten der Bereich des Stadtmarketings, zum Dritten neu der Bereich Karlsruhe Event GmbH und zum Vierten neu die Karlsruhe Tourismus GmbH.

Ausgelöst wurde diese Fragestellung schon vor zwei, drei Jahren mit der Frage: Sind wir richtig aufgestellt, um den Herausforderungen der Zukunft zu entsprechen - sowohl von der Ausrichtung als auch von der Möglichkeit, Partnerschaften zu bilden, als auch steuerliche Fragen? Die steuerlichen Fragen sind noch nicht abschließend geklärt, deswegen können wir Ihnen heute noch keinen Vorschlag machen, ob die Holding in Form einer GmbH oder eines Eigenbetriebs gebildet wird. Wir hoffen aber, im Laufe des Jahres hier Aussagen von den zuständigen Stellen zu bekommen, um dann hier die abschließende Regelung zu treffen.

Warum machen wir dieses? Unter anderem im Bereich Tourismus würden wir gern stärker wirken - nicht nur bezogen auf die Stadt Karlsruhe, sondern auch tatsächlich im guten Dialog mit dem Umland. Wir sind zwar selbstbewusst zu sagen, Karlsruhe ist eine Reise wert, sehen aber einen gewissen Mehrwert, wenn man Kombinationen herstellt, beispielsweise Kultur- oder Wissenschaftstourismus, Kongresstourismus zu entwickeln, aber in Kombination mit Wellnessurlaub im Schwarzwald oder Ähnlichem. Da bieten sich Partnerschaften mit dem Umland, mit der Region an, und dieses geht naturgemäß leichter, wenn dieser Bereich in einer eigenständigen GmbH ist als unter dem Dach der KMK wie bisher.

Der zweite Teil - Event: Wir haben in den letzten drei Jahren gute Erfahrungen gemacht mit der DAS FEST GmbH, die sich ja herausgebildet hat aus dem früheren Engagement des Stadtjugendausschusses als e. V. Wir haben dieses als GmbH aufgestellt und schlagen jetzt vor, dieses als rein städtische GmbH weiterzuentwickeln als Event GmbH. Wir sehen sehr wohl auch im Wettbewerb zu anderen Städten und Regionen, dass man mit dem Thema Events, also Großveranstaltungen, gerade auch auf öffentlichen Plätzen, im öffentlichen Raum als Stadt eine Marke entwickeln und eine Aufmerksamkeit erwecken kann, die notwendig ist, um sich im globalen Wettbewerb als Stadt zu positionieren und zu bestehen. Denken Sie an die Themen, die wir in den letzten Jahren bespielt haben, entweder so Themen wie das SWR-Hörerfestival oder auch Großevents im Bereich Musik oder Ähnliches. Da ist noch Potential, und dieses würden wir gerne ausbauen. Deswegen der Vorschlag, aus den guten Erfahrungen der FEST GmbH eine eigene Event GmbH zu machen.

Es gab in den vergangenen Monaten häufiger die Frage: Ist es notwendig, das in dieser Detaillierung zu machen? Wir wollen keine große neue Bürokratie aufbauen. Wir wollen die bewährte Zusammenarbeit zwischen KMK und Event GmbH und Tourismus weiterführen, also den sogenannten Backoffice-Bereich sehr wohl nach wie vor als Dienstleis-

tung über die KMK laufen lassen, also Personalverantwortung, Buchhaltung etc. Wir wollen auch nicht eine Zersplitterung nach dem Motto, jetzt haben da vier Leute den Hut auf zu einem ähnlichen Thema, sondern eine ganz enge Abstimmung zwischen diesen vier Bereichen. Nehmen Sie allein das Beispiel des Stadtgeburtstages im nächsten Jahr, des Stadtjubiläums: Das ist nicht nur eine Frage des Stadtmarketings, das ist natürlich ganz stark auch eine Frage des Tourismus und hat auch Ausstrahlung auf Veranstaltungen im Bereich der KMK oder der Event GmbH. Natürlich macht es Sinn, dass alle vier Einheiten gemeinsam hier das Marketing und den Auftritt nach außen abstimmen, um möglichst viele Menschen für das Stadtjubiläum 2015 zu begeistern und damit eine deutliche Strahlkraft über den üblichen Kreis von 50, 100 oder 150 Kilometern hinaus zu bekommen, also eine Bedeutung für Deutschland und vor allem die angrenzenden Länder Frankreich, Schweiz etc. Das sind unsere Überlegungen.

Im Workshop haben wir hier noch einmal aufgezeigt, was es an Hauptthemenbereichen gibt, die relevant wären, und welche dieser vier Einheiten sich federführend darum kümmern würde, damit auch Sie erkennen, wer der Hauptverantwortliche ist. Es ist ohne Zweifel so, dass die Fachexpertise der anderen Kollegen immer mit einbezogen wird, denn man muss das Rad ja nicht neu erfinden.

Es bleiben unverändert die beiden Aufsichtsratsgremien im Bereich der KMK bestehen, die haben sich etabliert über 20 Jahre. Der Aufsichtsrat der Stadtmarketing GmbH, den wir vor drei Jahren erst in dieser Form konstituiert haben, bleibt unverändert. Die gemeinderätliche Aufsicht über die neuen Bereiche Tourismus und Event GmbH würde in den nächsten Monaten über den Hauptausschuss gewährleistet, so lange, bis wir Klarheit haben, ob wir eine Holding oder einen Eigenbetrieb gründen, dann übernahme der die Gesamtsteuerung als Betriebsausschuss oder eben als Holding GmbH, wie wir das ja auch bei anderen städtischen Gesellschaften haben - Stichwort KVVH, die hat eine ähnliche Konstruktion.

Ich würde mich freuen, wenn Sie dem Ganzen nähertreten können und uns ein bisschen Vertrauensvorschuss geben. Es steckt sehr viel Arbeit auch im Detail dahinter, was auch uns geholfen hat, unsere Strukturen und Prozesse noch mal besser zu durchleuchten. Ich darf mich bei dem Team ganz herzlich bedanken, bei den vier Geschäftsführern, aber auch bei mir im Dezernat Frau Höltzel und den anderen Kolleginnen und Kollegen. Es steckt viel Arbeit dahinter, viel Herzblut, und alle würden sich freuen, wenn Sie heute mit großer Mehrheit zustimmen.

(Beifall auf der rechten Seite des Hauses)

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Erlauben Sie mir einen kleinen Blick in die Historie. Wenn wir uns erinnern, als wir vor zehn Jahren hier im Hause die KMK mit den neuen Hallen draußen in Forchheim gegründet haben, dann war das eine mutige Entscheidung, eine Entscheidung, die viel Kraft gekostet hat, die finanzielle Mittel gebunden hat, wo wir aber letztendlich nach zehn Jahren KMK sagen können, wir haben ein Erfolgsmodell geschrieben. Wenn ich sage, wir haben ein Erfolgsmodell geschrieben, dann gilt natürlich in diesem Zusammenhang der Dank der gesamten Mitarbeiterschaft und der Geschäftsführung. Wir wissen auch, dass wir am Anfang im Bereich des Personals einige Probleme hatten, aber Gott sei dank hat sich dies erledigt. Gott sei dank ist Ruhe in das Fahrwasser der KMK gelangt. Das war, glaube ich, alle Anstrengungen wert, die ge-

meinsam von allen Beteiligten aufgebracht worden sind und die letztendlich dazu geführt haben, dass wir heute mit der KMK als Erfolgsmodell dastehen.

Aber wir müssen auch die Zeichen der Zeit erkennen - und lieber Kollege Fostiropoulos, jeder Unternehmer muss dies. Ein Unternehmer muss weiterdenken, und die KMK ist ein Unternehmen. Wenn wir heute nach zehn Jahren erkennen, dass wir eine Chance haben, die KMK in vier Bereiche aufzuteilen, wenn wir sagen, die KMK soll sich ganz auf ihr Messegeschäft konzentrieren draußen in Forchheim, aber genauso wie hier am Festplatz, dann sehen wir, dass wir diese Strukturen zukunftsfähig ausbauen können. Dann können wir unsere KMK, die sich um die Messen kümmert, auf ein grundsolides Fundament stellen, so wie wir es vor zehn Jahren gemacht haben, aber mit der Ausrichtung, sich intensiver um ihre Geschäfte draußen im Messebereich zu kümmern.

Wir haben die zeitliche Schiene angesprochen haben. Herr Oberbürgermeister, Sie haben das angesprochen: Ich habe in meiner Haushaltsrede für die Haushalte 2011 und 2012 bereits davon gesprochen, dass es der Wunsch der CDU-Fraktion wäre, eines Tages eine komplette Holding zu gründen für die KMK mit den unterschiedlichen Bereichen, so wie Sie es, Frau Mergen, eben ausgeführt haben. Wenn wir bei diesen vier Einheiten wären, dann erlauben Sie mir noch zwei, drei Sätze zum Tourismus. Hier haben wir die einmalige Chance, gemeinsam mit unserer Region diese Region zu vermarkten, aber auch unsere Stadt als Oberzentrum in dieser Region. Wir haben die Chance, mehr Touristen nach Karlsruhe zu bringen und den Tourismus letztlich zu kräftigen und auszubauen.

Das neue Management der Event GmbH wird uns ermöglichen, Großveranstaltungen nach Karlsruhe zu holen, sie mehr zu begleiten und sie intensiver zu vermarkten. Das Gleiche haben wir auch im Bereich der kleinen Veranstaltungen. Auch hier haben wir neue Chancen. Warum haben wir nicht auch die Chance, im Bereich des Events darüber nachzudenken, dass wir gemeinsam auf Sponsorensuche gehen, dass wir Sponsoringe gründen, und dass wir uns intensiv um die Sponsoren in dieser Stadt kümmern, die heute schon sehr viel tun, die aber sicherlich auch bereit wären, den einen oder anderen Euro mehr zu investieren, um letztendlich Events zu unterstützen?

Sie sagten, eine Holding - und nannten das Erfolgsmodell KVVH, dem stimmen wir in vollem Umfang zu. Wir müssen zum jetzigen Zeitpunkt abwarten, das sehen wir genauso. Wir sagen aber, letztendlich muss diese Holding auch im Bereich der Strukturen eine finanzielle Entlastung bringen. Es kann nicht sein, dass wir doppelt strukturieren. Wir müssen hier Effizienz schaffen, wenn wir diese Holding haben. Das ist eine Aufgabe, nach der wir als CDU-Fraktion in den Gremien und Aufsichtsräten schauen und dafür sorgen werden, dass wir eine Kostenersparnis erreichen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen: Jedes neue Feld das wir betreten, birgt Risiken. Aber Risiken werden Sie im ganzen Leben finden - bei jeder Entscheidung. Wenn wir heute das Vertrauen in die Verwaltung haben, wenn wir heute den Mut aufbringen werden für diese Neugründung der KMK, dann werden wir einen großen Wurf erreichen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir den Mut für diesen großen Wurf, für eine Gesellschaft, für die es sich in dieser Stadt einzustehen lohnt, eine Gesellschaft, von der die CDU-Fraktion mit Dank und Anerkennung spricht - da gehört der Aufsichtsrat dazu, da gehört die Mitarbeiterschaft dazu und die Geschäftsführung der KMK.

Von unserer Seite Dank und Anerkennung für die Vorlage. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir hier zur Abstimmung kommen.

(Beifall bei der CDU)

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Seit der ersten Vorlage im Dezember hat sich, wie Sie auch schon erwähnt haben, einiges geändert, und einiges hat zur Klärung beigetragen. Es ist nun ersichtlicher, wo Schwerpunkte und wo Abgrenzungen liegen sollen, auch wenn es immer noch einige Überschneidungen gibt. Vor allen Dingen der Workshop hat dazu beigetragen, dass Aufgabenverteilungen der Geschäftsfelder geklärt wurden. Wir finden auch, dass es sich gelohnt hat, diese Schleife zu nehmen, und danken für die Zusatzinformationen.

Auch wir sehen es als sinnvoll an, den Bereich Tourismus aus der KMK herauszunehmen. Tourismus ist nur eine Facette des Messegeschäfts und gleichzeitig ist Tourismus weit mehr als Messe- und Kongresswesen, sondern generell auch ein relevanter Faktor für die Stadt, vor allem auch im Bereich Kulturförderung und Darstellung von Karlsruhe als Kulturstadt. Dennoch werden wir die Vorlage ablehnen, denn wir sind vor allen Dingen der Meinung, dass wir schon zu viele Töchtergesellschaften haben, zu viele Aufgaben aus der Verwaltung ausgelagert sind, und so sind wir der Ansicht, dass die Lösung einer Umstrukturierung des Bereichs Tourismus in einer Rekommunalisierung hätte liegen können und nicht in der weiteren Privatisierung von Geschäftsfeldern.

Rekommunalisierung führt zu mehr Transparenz, führt dazu, dass Anliegen in Ausschüssen beraten werden mit einem größeren Einfluss des gesamten Gemeinderates und auch der kleineren Fraktionen und der Gruppierungen. Das ist ein Ziel, dem wir uns schon immer verpflichtet gefühlt haben. Andere Städte, wie zum Beispiel München, haben ein Amt für Tourismus und sind in dieser Form sehr erfolgreich. Warum sollten wir nicht auch in Karlsruhe so verfahren?

Ein weiterer Grund für die Ablehnung liegt in den Zusatzkosten von 330.000 €, für die wir keinen erkennbaren Mehrwert sehen. Ich wundere mich wirklich, warum der Kollege von der CDU, Herr Ehlgötz, von Kostenersparnis redet, wenn wir 330.000 € im Jahr mehr bezahlen

(Beifall bei den Grünen)

Aber das lässt sich vielleicht in der Kaffeepause klären. Das ist mir von der Vorlage her nicht verständlich. Uns wurde gerade in einem Ausschuss vor wenigen Tagen vor Augen geführt, dass die Stadt sich strukturell mit Aufgaben überlastet. Nun sollen jährlich wieder 330.000 € dazu kommen zu dieser Überlastung. Das sehen wir für nicht gerechtfertigt an.

Prinzipiell sind auch noch einige Überschneidungen geblieben, die sich hoffentlich noch aufklären, z. B. die touristische Vermarktung des Stadtjubiläums hat mich dann doch etwas verwirrt, weil wir bisher davon ausgegangen sind, dass das beim Stadtmarketing liegt. Prinzipiell ist auch die Rolle der Technologieregion, in die wir ja auch viel Geld beim Tourismuskonzept stecken, noch nicht wirklich geklärt. Ich denke da muss noch einiges an Zuständigkeiten nachgebessert werden.

Für eine städtische Event GmbH sehen wir generell keinen Bedarf. Die angeführten Gründe wie Sicherheit und Jugendschutz könnten unserer Ansicht nach auch sehr gut von einer Stabsstelle abgedeckt werden. Ansonsten sehen wir das Stadtmarketing als passende Anlaufstelle für Veranstaltungen in der Stadt. Dass die Event GmbH mit einer besonderen Expertise für die Themen Jugendschutz und Veranstaltungssicherheit sich nun der Veranstaltungen Indoormeeting und SWR-4-Hörerfest annehmen wird - ich war mir bisher nicht darüber im Klaren gewesen, dass gerade diese zwei Veranstaltungen besonderer Jugendschutz- und Sicherheitsvorkehrungen bedürfen.

In zukünftigen möglichen Aufgabenfeldern der Event GmbH entsteht unserer Ansicht nach Konkurrenz zu privaten Anbietern. Da diese Aufgaben nicht in den Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge fallen - das haben Sie in der Vorlage auch selbst so festgestellt -, halten wir dies für bedenklich und nicht unterstützenswert. Offen ist für uns auch nach wie vor, wie mit dem Wunsch des Stadtjugendausschusses umgegangen wird, weiter in der Organisationsform DAS FEST zu verbleiben. Vor vier Jahren gab es keine andere Lösung für den Stadtjugendausschuss, als DAS FEST abzugeben. Die vom Stadtjugendausschuss geschaffene Marke DAS FEST nun in eine Event GmbH aufgehen zu sehen, das ist vom Stadtjugendausschuss auch nicht gewollt. Unserer Kenntnis nach will der Stadtjugendausschuss weiterhin Bestandteil der GmbH sein, die für DAS FEST verantwortlich ist. Wir hätten auch für diese Frage gerne eine Erklärung gehabt, bevor es hier eine grundsätzliche Entscheidung gibt.

Es hätte sicherlich auch andere Möglichkeiten gegeben, die Organisationsform von der DAS FEST GmbH so zu verändern, dass Verantwortlichkeiten geklärt und das Personal hätte beschäftigt werden können und dass darin involvierten Personen wie Herr Wacker eine definierte Rolle zugestanden wäre.

Wir bedauern in diesem Zusammenhang auch, dass die Änderung der Organisationsform hier an die berufliche Zukunft von Personen gekoppelt ist. Wir wollen uns mit der Ablehnung der Vorlage ganz definitiv nicht der Entwicklung von Perspektiven für Herrn Wacker oder von Herrn Hoffmann entgegenstellen und halten die Koppelung für sehr unglücklich. Prinzipiell würden wir uns von der Verwaltung wünschen, dass eine Trennung von strukturellen Änderungen und Personenentscheidungen gewahrt bleibt.

(Vereinzelter Beifall bei den Grünen)

In Anbetracht unseres Ziels, bei Umstrukturierung Rekommunalisierung durchzuführen, aufgrund entstehender Zusatzkosten von 330.000 € ohne einen für uns erkennbaren Mehrwert sowie aufgrund aller weiteren genannten Gründe, lehnen wir die Vorlage ab.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadträtin Baitinger (SPD):** Die SPD-Fraktion stand der Neustrukturierung dieser vier Aufgabenbereiche zunächst auch kritisch gegenüber. Wir sind froh, dass durch die Diskussion im Hauptausschuss und die jetzt veränderte Vorlage doch sehr viel Klarheit in die Sache gebracht werden konnte. Deshalb will ich mich zunächst bedanken bei all denjenigen, die dafür gesorgt haben, dass wir hier genau und präzise wissen, wie die Zukunft aussehen könnte. Ich benutze bewusst den Konjunktiv, denn mehr als ein Zwischenschritt kann dieser vorgelegte Entwurf nicht sein - nicht nur, weil einmal mehr die

zuständige Finanzbehörde nicht in der Lage ist, verbindliche Auskünfte über finanzielle Auswirkungen von Umstrukturierungen zu geben. Das ist ein Umstand, der uns an vielen Stellen im Haus zu schaffen macht und der auch als Hintertreiben von kommunalen Entwicklungsmöglichkeiten gesehen werden könnte.

Was nun die vier neuen Strukturen angeht, von denen eigentlich zwei alt sind - die Messe bleibt die Messe und das Stadtmarketing bleibt das Stadtmarketing, nur zwei werden neustrukturiert -, so ist die Bewertung davon abhängig, was man sich davon verspricht. Das die Event GmbH, die zunächst zentral zuständig ist für DAS FEST, nicht länger als Teilmenge - auch beruflich als Teilmenge - der Messe fungieren kann, ist klar, wenn man das, was an Kompetenz gewonnen wurde durch die Durchführung des Festes, auch vermarkten und weiterentwickeln will. Es ist ja nicht damit getan, das Wissen für die Sicherheit und den Jugendschutz für DAS FEST einzusetzen oder für weitere Veranstaltungen in Karlsruhe. Es geht im Gegenteil darum, eine Dienstleistung zu entwickeln, die auch vermarktungsfähig über die Grenzen von Karlsruhe hinaus ist, denn dazu ist diese Expertise in diesem Umfeld gewonnen worden, die ja weit über Karlsruhe hinaus auch schon für Aufmerksamkeit gesorgt hat. Dafür ist eine eigenständige Organisationsstruktur sinnvoll - vor allem, da es sich um eine Rekommunalisierung handelt, ein Schritt, den die SPD ausdrücklich begrüßt. Es bleibt zwar bei der GmbH, aber die Stadt und mit ihr der Stadtjugendausschuss bleiben die beiden einzigen in der GmbH, während die Privaten aus der GmbH herausgekauft worden sind und durch unseren Beschluss werden, so denn er fallen würde. Das finden wir insbesondere schon deshalb begrüßenswert, weil die Privaten zwar Mitteilhaber sind, aber keine Verlustausgleiche bezahlen, so denn welche anfallen, und das ist eine Struktur, die wir auch schon verschiedentlich bei anderen GmbHs in der Vergangenheit kritisiert haben, weshalb wir diese Rekommunalisierung der Event GmbH - ich sage lieber: FEST GmbH, auch wenn sie neue Aufgaben hat, bleibt sie für mich die FEST GmbH - begrüßen und auch dem Verbleib des Stadtjugendausschusses in der GmbH zustimmen wollen, so lange, bis sich dort eine andere Lösung findet, die aber nur einvernehmlich mit dem Stadtjugendausschuss sein kann. Ich glaube, da sind wir uns im Hause einig, denn die Bedeutung des Stadtjugendausschusses in Karlsruhe - nicht nur für DAS FEST, aber auch für DAS FEST - ist uns ja allen bewusst.

Der zweite Bereich, die Tourismus GmbH, soll neue Aufgaben bekommen. Das ist zunächst einleuchtend. Dass sie historisch aus der Zuarbeit zur Messe entstanden ist, ist das eine, aber wir entwickeln uns weiter, jedenfalls hoffe ich das. Dass der Städtetourismus ein Geschäft mit Zukunftsperspektive ist, ist ganz klar. Jeder, der nach Karlsruhe kommt und nach Karlsruhe zieht - ich gehöre ja auch zu den Zugezogenen letztlich -, sieht doch schnell, was Karlsruhe für eine wunderbare Lage hat - zwischen Schwarzwald, dem Kraichgau und dem Pfälzer Wald, nahe am Elsass -, und dazu noch eine Stadt mit Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft ist. Eine solche Stadt muss mehr bieten im touristischen Bereich, als wir das jetzt tun, und dazu bedarf es eines kreativen Teams, das eigenständig und vor allem regional vernetzt handeln kann. Das ist für mich das zentrale Argument gegen ein städtisches Amt, weil die Vernetzung mit der Region für die Vermarktung von Region und Oberzentrum nun mal andere Handlungsspielräume benötigt, als es die städtischen Ämter haben. Deshalb sind wir nun nach einigen kritischen Fragen zu Beginn auch der Meinung, dass dieser Ansatz zunächst mal so vollzogen werden sollte. Natürlich muss und wird er von uns weiter kritisch begleitet werden.

Was nun die Frage der Oberregie angeht, ob Holding oder Regiebetrieb - ich habe es schon angesprochen -, hängt davon ab, was die Finanzämter uns an Auskünften geben, und man wird sicher - wie immer - die für die Stadt günstigste Lösung finden, wobei es fraglich ist, ob überhaupt eine solche Form notwendig ist oder ob auch eine kommunikative Zusammenarbeit mit dem Hauptausschuss und anderen Ausschüssen der Stadt nicht auch eine denkbare Lösung wäre. Ich bin nicht sicher, ob wir überall gleich mit Hierarchie so weitermachen müssen, wie es bei anderen, weitaus größeren Organisationsstrukturen der Fall ist.

Dass die Umstrukturierung Geld kostet, sollten wir zum Anlass nehmen zu sagen: Ja, wenn wir mehr investieren, wollen wir auch mehr Geld zurück. Das heißt mehr Reinvest, mehr Aufgaben, die wahrgenommen werden, mehr Aufgaben, die Geld zurück in die Stadt bringen - ich will jetzt nicht von dieser Umlaufrendite reden, aber jeder, der Geld investiert, macht es ja in der Erwartung, damit Geld zu verdienen, und so sieht es auch die SPD-Fraktion. Deshalb werden wir der Vorlage zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Hock (FDP):** Der letzte Satz von Kollegin Baitinger hat natürlich schon Sinn. Wer Invest betreibt, der will natürlich im Endeffekt unterm Strich etwas rausbekommen. Wir sehen schon, dass es jetzt eine Anschubfinanzierung gibt, dass es uns jetzt mehr Geld kostet. Das ist das, was auch Frau Dr. Leidig in ihrem Vortrag gesagt hat. Das sehen wir natürlich auch so. Wir werden aber mit Sicherheit unterm Strich - das glaubt meine Fraktion fest - besser fahren und werden mehr Geld in der Kasse haben wie vorher.

Für uns ist es natürlich klar, man hat es schon öfter hier angesprochen, die steuerliche Seite muss man abwarten, wie es im Endeffekt dann aussieht. Das warten wir mal ab.

Was natürlich für uns ein bisschen skeptisch zu sehen, ist: Wer ist der Häuptling? Wer sagt was? Wie ist die Arbeit untereinander zwischen den einzelnen Gesellschaften zu sehen? Herr Oberbürgermeister, das ist natürlich eine Sache, da muss man ganz genau aufpassen, dass da nicht in die falsche Richtung gearbeitet wird. Man muss an einem Strang ziehen. Das ist das Wichtigste, was meine Fraktion sieht. Bitte, diese Gesellschaften müssen in eine Richtung gehen. Wir wollen das Beste für die Stadt. Deshalb sagen wir heute und hier, wir stimmen dieser Vorlage, so wie sie jetzt hier vorgelegt wurde, zu, zumal es wirklich eine wahnsinnige Arbeit war, wenn man sieht, was in dieser Vorlage alles drinsteht, was die Workshops für eine Arbeit getan haben. Da kann man nur sagen, wir sind jetzt zuversichtlich. Wir gehen die Sache so mit und freuen uns, dass wir vielleicht in ein paar Jahren sagen, ja, es war die richtige Entscheidung, in die richtige Richtung, die Leute können zusammen, unterm Strich kommt es für die Stadt günstiger.

(Beifall bei der FDP)

**Stadtrat Cramer (KAL):** Wir erleben heute wieder die Lieblingsbeschäftigung der Verwaltung, der CDU-, der SPD- und der FDP-Fraktion, nämlich die Gründung von GmbHs. Was die Karlsruher Liste bemängelt, ist die fehlende Betrachtung von der Rekommunalisierung von Aufgaben, die wir schon seit Jahren einfordern und bisher auch alle weiteren GmbHs nicht mitgetragen haben. Statt einer Rekommunalisierung kommt die Grün-

derung neuer Auslagerungsgesellschaften. Wir könnten uns sehr gut vorstellen und hätten an sich auch erwartet, dass gerade Stadtmarketing und Tourismus zurück in den Kreis der Ämter kommt. Mit dem jetzt vorgeschlagenen Modell wird der Einfluss des Gemeinderates und damit der Bürgerschaft auf städtisches Vermögen und städtisches Handeln weiter ausgehöhlt. Noch mehr nichtöffentliches, intransparentes Handeln, noch nicht mal ein Aufsichtsrat ist vorgesehen. Mit der heutigen Struktur - drei GmbHs, KMK, Stadtmarketing, Das Fest GmbH, letzteres entstanden aus einer Notlösung nach Teilrückzug des Stadtjugendausschusses aus Haftungsgründen - und nach Aufteilung der Aufgaben von KMK und Stadtmarketing ab dem Jahre 2001 gibt es bis heute nach Ansicht der Karlsruher Liste keine funktionierende Zusammenarbeit, weder operativ noch strategisch. Warum soll z. B. gerade das Stadtmarketing überhaupt in Form einer GmbH organisiert werden? Was soll, was darf sie machen? Das ist ungeklärt.

Diese Frage wurde bei der Gründung des Stadtmarketings zu wenig beachtet. Mittlerweile haben wir massive umsatzsteuerliche Probleme, millionenteure Transfers zwischen Stadt und GmbH kommen auf uns zu. Hat man aus diesen negativen Erfahrungen gelernt? Offensichtlich nein. Erneut werden GmbHs gegründet ohne existierende Absicherung - das wurde schon von Vorrednern genannt -, ob Zuschüsse steuerlich unbedenklich sind. Ein kleiner Hinweis: Bundesweit stehen auch Messe- und Kongressgesellschaften unter Beobachtung des Bundesfinanzhofes und nachgeordneter Behörden. Hohe Umsatzsteuernachzahlungen drohen. Beihilferechtliche Fragen - Europäische Union greift in kommunalen Fragen immer mehr ein - sind in der Vorlage ebenfalls nicht beleuchtet.

Die ungeklärte Steuerung der drei GmbHs, Modell Eigenbetrieb als Mutter von drei GmbHs, ist auch nicht ausgearbeitet. Wenn die GmbH nach Alternativprüfung tatsächlich die sinnvollste Lösung wäre, warum dann nicht in eine Gesellschaft, eventuell mit mehreren Geschäftsführern, um die drei Bereiche eng zu verzahnen? Für uns heißt drei GmbHs: paralleles Vorgehen gleicher Strukturen und Zuständigkeiten, d. h. mehr Kosten und Reibungsverluste. Die Beteiligung der Region an der Tourismus GmbH, laut Papier und Aussagen der Ersten Bürgermeisterin gewünscht, sind frommes Wunschdenken, denn mit den dortigen Entscheidern überhaupt noch nicht abgeklärt.

Es wird nicht betrachtet die zukünftige Rolle der für die Vermarktung der Europahalle zuständige KSBG im Hinblick auf die jetzt neu zu gründende Event GmbH. Des Weiteren - das haben wir schon in den Ausschüssen benannt - sehen wir die große Gefahr, dass die Event GmbH zu einer Konkurrenz freier Event-Agenturen werden kann.

Für die Karlsruher Liste gibt es das Fazit: zu viele offene Fragen, zu schlampig die Vorbereitung dieses Schrittes, der nur mühsam rückgängig gemacht werden kann. Eine kleine Erinnerung: Fast alle Tochtergesellschaften der Stadt sind defizitär. Die KAL lehnt daher diesen ungenügend vorbereiteten Schritt ab.

**Stadtrat Mossuto (GfK):** Verehrte Mitglieder der Arbeitsgruppe, Sie haben eine ausgezeichnete Leistung erbracht. Wir von der GfK bedanken uns ebenfalls für die umfangreichen und allgemein verständlichen Unterlagen zu den neuen Organisationsformen. Wir begrüßen, dass keine neuen Strukturen aufgebaut werden und die Wirtschaftsförderung aus den Betrachtungen herausgenommen wurde. Das Konzept hat das Zeug zum Erfolg.

Ich werde mich nicht zu dem Gesamtkonzept im Detail äußern, da dies von meinen Vorrednern zur Genüge getan wurde. Die wesentlich entscheidende Frage, die sich stellt, lautet: Sollen vier Gesellschaften zu einer Holding in der Rechtsform einer GmbH oder in einem Eigenbetrieb gebündelt werden - und wie lautet die Geschäftsvorgabe? Der Eigenbetrieb wird von uns ebenfalls favorisiert. Es bleibt die steuerliche Prüfung abzuwarten. In der zweiten Jahreshälfte 2014 wissen wir es besser.

Nun zu der Geschäftsvorgabe. Hier haben wir Bauchschmerzen. Alle vier Gesellschaften tragen bei ihrer Tätigkeit unwesentlich zu einer kommunalen Daseinsvorsorge bei. Dennoch sind sie von entscheidender Bedeutung, um die Marke Karlsruhe nach außen zu positionieren. Die Gesellschaften zusammen stellen einen unschätzbaren Beitrag zum Wohl der Bürger und der ansässigen Gesellschaften dar. Sie stehen aber zukünftig in einem harten Wettbewerb und unterliegen den freien Marktkräften in der Wirtschaft. Das müssen wir uns vor Augen halten. Sie brauchen daher eine klare Zielvorgabe und eine effektive Führung, keine Fremdaufgaben außerhalb ihres Kernauftrages, wie es in der Vergangenheit mehrmals nach dem sogenannten Karlsruher Modell praktiziert wurde. Die Erfahrung zeigt, dass eine Kooperation zwischen unabhängigen Gesellschaften nur dann funktioniert, wenn beide einen Nutzen davon haben. Die Führung einer Gesellschaft, die frei auf dem Markt agiert, stellt, wie es von ihnen nicht anders zu erwarten wäre, den gesunden Egoismus und Erfolg in den Vordergrund. Nur ein Beispiel, um die Aussage zu untermauern.

Die Eingliederung des Bereiches Tourismus in die KMK war von Anfang an zum Scheitern verurteilt. Der Kultur- und Städtetourismus war für die KMK ein Klotz am Bein. SchöNZureden ist der Sache nicht dienlich.

Meine Damen und Herren, aufgrund der positiven Aspekte des Konzeptes wollen wir der Realisierung nicht im Wege stehen, jedoch wegen der Schwäche bei der Festlegung der Geschäftsführerkonstellation und offenen Fragen zu der Holding, werden wir uns von GfK der Stimme enthalten und im Herbst auf die Entwicklung reagieren.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke):** Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis oder eine GmbH. GmbHs haben auch ihre Eigenart: Der Gemeinderat hat wenig Einfluss. Es gibt Aufsichtsräte, einige Gemeinderäte - die größeren Fraktionen - sind dabei. Sie dürfen sich aber in der Öffentlichkeit nicht äußern. Das ist alles geheim, d. h. die Öffentlichkeit wird in die Prozesse nicht einbezogen. Der Gemeinderat in seiner Gänze hat keinen Einfluss. Kleine Gruppen und Einzelstadträte sind überhaupt nicht beteiligt. Es ist immer ein Stück Wegnahme von Demokratie. Wir sind aber von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt worden, eben Einfluss zu nehmen und möglichst viel Transparenz herzustellen.

Vielleicht aber noch ein Wörtchen zu Kollege Ehlgötz von Unternehmer zu Unternehmer. Wenn man einen Euro investiert, dann möchte man zwei Euro zurück haben, d. h. einen Ertrag.

(Zurufe aus den Reihen der CDU: Ooh! Ooh!)

Leider, Kollege Ehlgötz, mit Ihrer Fraktion und mit vielen anderen in den vergangenen Jahren hat die Stadt Karlsruhe einen Euro investiert und nicht einmal 50 Cent zurückbekommen.

(Unruhe, Zurufe **Stadträte Ehlgötz/CDU** und **Borner/GRÜNE**)

Die Projekte können Sie alle an einer Hand aufzählen, die Sie beschließen. Wie sollen wir jetzt Vertrauen haben, dass mit diesem Vorschlag plötzlich Geld reinkommt, Kollegin Baitinger? Das ist immer ein Argument, das genannt wird. Am Ende passiert das nicht. Zeigen Sie mir die positiven Beispiele, um mich vielleicht anders zu überzeugen.

(**Stadtrat Pfalzgraf/SPD**: Er ist der bessere Unternehmer!)

**Der Vorsitzende:** Wenn Sie so eine Gewinnerwartung haben, Herr Fostiropoulos, dann rekommunalisieren wir Ihren Betrieb auch noch gleich.

(Heiterkeit)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Sehr intensiv haben wir Freien Wähler uns mit der Vorlage beschäftigt und so manches Haar in der Suppe gefunden. Einige unserer Kritiken hat bereits Frau Dr. Leidig vorgetragen, Herr Cramer und jetzt auch, in seiner bekannten Weise, Niko Fostiropoulos. Darum will ich mich hier kurzfassen und nur auf drei Punkte eingehen.

Erstens. Wir Freien Wähler haben in der Vergangenheit immer wieder die Rückführung von städtischen Gesellschaften gefordert. Wie heißt es so schön in den Apogryphen: „Bleibe bei einerlei Wort.“ Eine Zustimmung zur Bildung einer weiteren GmbH können wir aus diesem Grund nicht geben.

Zweitens. Es fehlt uns die Transparenz, die wir als gewählte Vertreter aus diesen GmbHs haben, wenn wir nicht im Aufsichtsrat sind. Auch das haben wir in der Vergangenheit oft genug moniert. Hier stimme ich den genannten Kritikern dieser Vorlage auch zu. Wir kleinen Gemeinderatsgruppierungen sind eigentlich blind über die Geschehnisse in den GmbHs. Auch aus diesem Grund kann ich dieser Vorlage nicht zustimmen.

Drittens. Ich kann einer Vorlage nicht zustimmen, in der die endgültige Gesellschaftsform, in einer zurückdatierten Vorlage meinem Rechtswissen nicht entspricht. Auch angesichts der bereits genannten, fast über 950 Millionen Bankverbindlichkeiten aller städtischen GmbHs ist dies ein Widerspruch zur Zustimmung einer weiteren GmbH. Deshalb unsere Ablehnung.

**Der Vorsitzende:** Das waren die bisherigen Diskussionsbeiträge. Wir kommen jetzt zur Beantwortung einiger Fragen und noch zu einigen Anmerkungen. Zunächst Frau Erste Bürgermeisterin.

**Erste Bürgermeisterin Mergen:** Ich möchte kurz auf einige Punkte eingehen:

Frau Stadträtin Dr. Leidig, Sie haben sich überrascht gezeigt, dass das Stadtmarketing und Tourismus getrennt arbeiten. Das war schon in den vergangenen Jahren so, dass

diejenigen bei uns in der Verwaltung, die etwas besonders gut können, die Arbeit für andere machen, d. h., die Touristiker haben auch schon in den vergangenen Jahren die Events des Stadtmarketings mit vermarktet, beispielsweise bei der Präsenz auf Tourismusmessen, der Internationalen Tourismusmesse in Berlin oder auch bei der CMT in Stuttgart. Das haben immer die Touristiker gemacht, und zwar auch deswegen, weil die Touristiker die Verbindung haben beispielsweise zu den großen Tourismusanbietern oder Busunternehmern, um die einzuladen, hier nach Karlsruhe zu kommen. Denken Sie an Flyer, Broschüren, Internetauftritt, das läuft immer über die Tourismusschiene, wo natürlich die Events und Veranstaltungen z. B. vom Stadtmarketing angeworben werden, aber auch Dinge vom ZKM und Ähnliches. Das macht das ZKM auch nur bedingt selber. Die Touristiker nehmen das mit auf die Agenda.

Sie haben auch gefragt, warum macht man eine Event GmbH, warum macht man nicht eine Stabsstelle. Wenn Sie sich mal anschauen - Herr Wacker hatte das auch in den Ausschüssen dargestellt -, was notwendig ist, um allein so eine Veranstaltung wie „DAS FEST“ auf die Beine zu stellen, braucht es viele Sponsoren. Es ist zum Glück in den letzten Jahren gelungen, „DAS FEST“ so populär zu machen, dass auch viele Sponsoren mit namhaften Beträgen hier mit in die Verantwortung gehen. Dieses kriegen Sie nur in der GmbH hin. Das kriegen Sie als Stabsstelle bei einer Stadt nicht hin. Dass große Unternehmen mit aller Wertschätzung dem Oberbürgermeister da einen Scheck in die Hand drücken und sagen, mach was draus, die Sorge, dass das irgendwo im Stadtsäckel absorbiert wird, ist zu groß. Wenn Sie aber eine GmbH haben, die dieses in den Fokus nimmt, dann klappt das. Das zeigt die Erfahrung, das kann Herr Wacker sicher bestätigen. Man ist als GmbH in solchen Punkten wesentlich flexibler als es eine Stadtverwaltung jemals sein könnte.

Herr Stadtrat Cramer, Sie sprechen sich aus gegen die neue Gründung von GmbHs. Ich möchte nochmals klarstellen, wir gründen keine neue GmbH. Alle Bereiche, um die es geht, sind heute bereits eine GmbH. Der Tourismus ist bereits eine GmbH, aber eben im Kontext mit der KMK. Was wir Ihnen vorschlagen, ist im Fachchinesisch schlicht eine Abspaltung, aber es ist keine neue GmbH aus einem bisherigen Amt oder Ähnliches. Sie fragen, haben wir denn nichts gelernt aus diesem Thema Mehrwertsteuer. Doch. Hätten wir schon eine klare Antwort, dann könnten wir Ihnen vielleicht andere organisatorische Vorschläge machen. Da wir aber keine klare Antwort haben, wollen wir nicht die Pferde wechseln. Warum soll ich ein Pferd wechseln, wenn ich nicht weiß, ob das andere steuerlich besser läuft? Solange wir hier keine Klarheit haben, belassen wir die Strukturen als GmbH, weil sie sich bewährt haben.

Sie fragen, warum nicht eine GmbH, warum jetzt vier. Ich möchte hier an eines erinnern. In den 90er-Jahren hatten wir den Bereich des Eigenbetriebs. Das war eine Einheit, da waren die Stadtwerke, Verkehrsbetriebe, Häfen in einer Einheit. Wir haben aus verschiedenen Gründen in den 90er-Jahren das umgegründet in GmbHs, und zwar in zwei große und eine Holding. Keiner wird bestreiten, dass die Spezialisierung dieser GmbHs nicht zum Vorteil beider Gesellschaften war bzw. dieser drei, die Häfen sind ja auch noch mal gesondert. Ich denke, nach diesem Erfolgsmodell können Sie vielleicht

**(Stadtrat Cramer/KAL: Das sehen wir anders!)**

ein bisschen Vorschussvertrauen reingeben, dass eine solche Spezialisierung sehr wohl auch positiv sein kann für die Auswirkung, für den Mehrwert. Der Mehrwert ist nicht unbedingt monetär, sondern der Mehrwert ist von der Wirkung her zu sehen, eine Wirkung für die Stadt Karlsruhe zu erzielen.

**(Stadtrat Cramer/KAL: Absolut nicht!)**

**Der Vorsitzende:** Lassen Sie mich noch ergänzen. Es ist ein Zwischenschritt zu einer Holding. Nur, wie die Holding aussieht, das wissen wir nicht, und dass wir zur Holding schreiten, hat sehr viel mit steuerrechtlichen Gründen zu tun - und nicht nur mit der Abstimmungsfrage. Die könnten wir in der Tat auch anders lösen. Wir werden sie bis zu diesem Schritt auch anders lösen. Weil wir davon ausgehen, dass wir im Sommer, im Herbst eine solche Holding gründen, verzichten wir im Moment auf Aufsichtsräte für die beiden neu gestrickten GmbHs und übergeben hier die Kompetenz dem Hauptausschuss, so dass es hier an der Stelle keine Abspaltung von der Kommune ist. Sollte sich bis Herbst nicht entscheiden, wie das mit einer Holding weitergeht, die dann eines entsprechenden Gremiums bedarf, dann müssen wir noch mal darüber reden, dass wir dann ggf. mit Aufsichtsräten nachziehen - oder wie auch immer wir das gestalten. Es ist aber auf keinen Fall vorgesehen, hier den Gemeinderat und seine Mitverantwortung auszublenden oder auszuhebeln.

„DAS FEST“ ist ursprünglich vom Stadtjugendausschuss nicht vorgesehen gewesen fortzuführen. Ich bin sehr dankbar, dass man sich vor Jahren zu einem anderen Weg entschlossen hat. Jetzt ist es ein solches Erfolgsmodell geworden, dass auch der Stadtjugendausschuss hier seine Fachlichkeit drin gewahrt sehen möchte. Das wird im Moment fortgesetzt über die gemeinsame GmbH. Es gibt aber schon einen guten Diskussionsprozess, dass wir dieses über einen Kooperationsvertrag eigentlich noch vertiefen und auch stärker verbindlich machen, ohne dass es ein wirtschaftliches Risiko für den Stadtjugendausschuss gibt. Das werden wir noch weiter diskutieren. Es ist völlig klar, dass in der Stadt Karlsruhe und bei allen Beteiligten, inklusive des Gemeinderates, die Qualität des FESTES auch von der Mitwirkung und der Fachlichkeit des Stadtjugendausschusses abhängt. Das ist gesetzt, das bleibt gesetzt. Das werden wir so verbindlich wie möglich in Form gießen. Das ist jetzt erst mal auch keine Frage, ob man da jetzt Anteilseigner an der GmbH ist oder nicht. Wenn man das wirklich am Ende durchsetzen wollte gegen die Mehrheit der Stadt, müsste man über 50 % haben. Das war noch nie und wird auch so nicht vorgesehen sein, auch von Ihnen nicht.

Es geht mir um ein Vertrauen nicht nur in Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder in die Stadtverwaltung, es geht vor allem auch um ein Vertrauen in die aktuellen Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen. Jeder, der hier auftritt und sagt, er ist mit der Konstruktion nicht zufrieden, er ist mit der Arbeit nicht zufrieden, er will das zurück in die Stadt holen, der muss schon hier genau mal sagen, was denn eigentlich an der Arbeit von Frau Wirtz, von Herrn Hoffmann, von Herrn Käthler und von Herrn Wacker bisher so kritisch zu sehen ist.

**(Stadtrat Cramer/KAL: Darum geht es nicht!)**

- Nein, Herr Cramer, Sie können die Realität nicht ausblenden.

**(Stadtrat Cramer/KAL:** Zu unterstellen, das wir gegen die Geschäftsführer sind, ist ungeheuerlich!)

- Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, wer Kritik an der derzeitigen Konstruktion hat, der muss erklären, was dann bitte anders hätte laufen sollen. Das können Sie bisher über die Aufsichtsräte erfahren - nicht alle von Ihnen, da kann ich nachvollziehen, dass einige sagen, sie fühlen sich da ausgeklammert. Der Gemeinderat ist hier ausreichend repräsentiert und muss hier schon konkreter sagen, was denn an der Arbeit in den letzten Jahren eigentlich so schiefgegangen ist, dass man der Meinung wäre, dass das in einer anderen Konstruktion ungleich anders wäre. Da komme ich zum Punkt. Wir haben hier nicht die Situation, dass wir auf der grünen Wiese beschließen, wie gehen wir denn mit vier städtischen Ämtern in der Zukunft um. Gehen wir den Schritt einer GmbH oder nicht? Dann würde ich viele Argumente für sehr nachvollziehbar halten. Wir sind hier aber schon einen Weg gegangen und sollten diesen Weg jetzt weiter modifizieren. Es geht aus meiner Sicht nicht, jetzt alles in städtische Ämter zurückzuholen, die Geschäftsführer in städtische Dienste zu übergeben oder sie auszutauschen. Wenn Sie sich das alles einmal zu Ende denken, kann das eigentlich kein realistischer Vorschlag zur jetzigen Situation sein, zumal er fachlich auch aus dem, was da gearbeitet wird, eigentlich bisher noch nicht begründet worden ist. Es wird begründet mit grundsätzlichen strategischen und operativen Überlegungen. Das kann ich alles nachvollziehen. Aber das passt aus meiner Sicht - das ist jetzt meine Meinung - nicht zu der aktuellen Situation, zumal wir keine vier neuen GmbHs gründen, sondern aus drei GmbHs durch die Aufteilung einer GmbH vier GmbHs machen. Das ist auch meilenweit davon entfernt, dass wir jetzt die kommunale Mitverantwortung aushöhlen oder die Gemeinderäte abhängen oder ausbooten. So war die Begrifflichkeit. Das kann ich hier jetzt nicht erkennen.

Wenn man schon bei der Thematik Kommunalisierung oder Rekommunalisierung bleibt, würde das hier leicht in Richtung Rekommunalisierung auspendeln, weil wir nämlich die privatrechtlichen Gesellschafter sogar an der Stelle wieder auszahlen und die Sache wieder zurückholen, was „DAS FEST“ betrifft. Alle anderen bleiben ja sowieso da, wo sie sind, nämlich bei der Stadt. Die Zusatzkosten entstehen zum Teil auch durch neue Anforderungen im Bereich des Brandschutzes und der entsprechenden Bereiche. Das ist dargestellt. Es entstehen aber auch Zusatzkosten, weil wir auch zusätzliche Leistungen erwarten. Es entstehen Zusatzkosten, weil wir uns von Honorar- und Werkverträgen verabschieden und jetzt für sehr erfolgreiche Strategien dann auch angemessene Konstruktionen herstellen, die natürlich dann auch die entsprechenden Gehälter mit sich bringen. Die FEST GmbH und deren fachliche Expertise werden auch heute schon weit über das FEST hinaus in Anspruch genommen. Hier vollziehen wir eigentlich im Gesellschaftszweck etwas, was heute auch schon durch die Personen erbracht wird, und können damit auch andere Events, die jetzt schon in öffentlicher Hand liegen, nämlich beispielsweise der SWR-4-Hörerfest oder auch die Indoorveranstaltung noch mal kompetenter verorten und auch durchführen. Ich bin sicher, dass wir dann mit der neuen Struktur am Ende auch Geld einsparen, weil wir die notwendigen Zusatzeinwerbungen und auch Ausgleichs nicht mehr brauchen. Daran merken Sie schon, es geht überhaupt nicht darum, hier eine Konkurrenz im privatwirtschaftlichen Bereich auszuräumen, sondern es geht darum, die Dinge, die wir tun wollen und wir auch zum Großteil heute schon tun, anderweitig besser zu verankern und auch aufzustellen.

Strukturen und Personen - ich hatte es schon indirekt angedeutet: Ich bin inhaltlich von dem völlig überzeugt, was wir hier tun. Ich weise auch den Vorwurf, wir hätten hier schlampig gearbeitet und das sei alles völlig ungenügend, zurück. Wir müssen hier auch nicht Fragen beantworten, die wir im Moment noch gar nicht gestellt haben. Das wird sich im weiteren Verlauf noch stellen, wenn wir dann in diese Holdingfragen und andere gehen. Natürlich macht es keinen Sinn, Gesellschaften um Personen herum zu bauen. Es macht aber auch keinen Sinn, wenn man Entwicklungen weiterentwickeln will und dann so tut, als würde man im völlig luftleeren Raum schweben. Das macht genauso wenig Sinn. Stellen Sie sich vor, wir würden jetzt ein Jahr vor dem Stadtgeburtstag die ganze Konstruktion des Stadtmarketings ändern. Das wäre eine Vorstellung, die würde mir echt eiskalte Schauer den Rücken runterjagen. Daran kann auch keiner ernsthaft denken.

Ich bedanke mich noch einmal abschließend vor allem auch bei den Geschäftsführungen, aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Für manche ist das doch innerhalb weniger Jahre dann schon wieder die nächste Veränderung. Ich war selber auch bei dem Workshop dabei. Es gibt eine sehr gute gemeinsame Atmosphäre, die Dinge jetzt noch einmal neu voranzubringen, die Kernkompetenzen zu stärken, gleichzeitig aber die Abstimmung über die Gesellschaftsgrenzen hinweg zu perfektionieren. Das sind die beiden Richtungen, die wir hier gehen sollten.

Ein letztes Thema noch zur Technologieregion: Jawohl, wir brauchen mehr regionale Tourismusvermarktung. Wir brauchen mehr regionale Aufstellung. Wir wollen vom Nationalparkprojekt partizipieren. Wir wollen mit der Initiative „Albtal plus“ eine entsprechende enge Kooperation eingehen. Wir wollen mit den ganzen Kommunal- und Regionalmarketingaktionen im Umkreis und im Umfeld zusammenarbeiten. Da werden Sie leichterding auch nachvollziehen können, dass es auch diesen deutlich leichter fällt, mit einem eigenen Tourismus der Stadt Karlsruhe umzugehen als mit der KMK, dass wir auch über gemeinsame Gesellschaftsformen durchaus nachdenken. Da gibt es auch schon Bereitschaften. Die würden sonst so auch gar nicht möglich sein. Das noch einmal abschließend zu den Punkten.

Wir kommen jetzt, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, zur Abstimmung. - Eine Wortmeldung gibt es noch. Frau Stadträtin Dr. Leidig.

**Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE):** Wir sind jetzt etwas erstaunt über Ihre Aussage, weil Sie sagen, wenn wir etwas ändern wollen, dann würde das letzten Endes bedeuten, dass wir mit irgendetwas unzufrieden gewesen sind. Es ist eine Vorlage der Verwaltung, und Ihrer Argumentation folgend schließe ich jetzt daraus, dass Sie mit etwas unzufrieden waren und deswegen etwas ändern möchten, und dass Sie das eben gerade an Personen festmachen. Das ist garantiert etwas, was hier von niemandem so gesagt wurde, sondern wir haben gesagt, wir möchten niemandem entgegenstehen, sondern dass es uns darum geht, wenn Restrukturierung, dann bitte auch Rekommunalisierung - auch in Anbetracht dessen, dass die politischen Gremien wirklich kaum einbezogen waren.

**(Stadtrat Ehlgötz/CDU:** Das ist doch alles nicht wahr!)

Das erste Mal ist dieser Punkt Ende November oder Anfang Dezember letzten Jahres, gerade mal zwei Monate her, auf der Tagesordnung eines Gremiums erschienen. Vorher

war davon nie die Rede gewesen, außer unter „Verschiedenes“ mal kurz irgendwas an-diskutiert.

Wenn diese Schlussfolgerung tatsächlich ist, jemand war unzufrieden, deswegen wird eine Struktur geändert, dann war es anscheinend die Verwaltung. Wir würden uns vor allem eine Rekommunalisierung wünschen und kein Austausch von Personen.

**(Stadtrat Ehlgötz/CDU:** Frag doch mal Herrn Schubnell, der kann es dir sagen!)

**Der Vorsitzende:** Ich möchte nur fürs Protokoll feststellen, das Thema hat in der Haushaltsrede meines Vorgängers schon 2009 eine Rolle gespielt. Es gibt seitdem Diskussionen in der Stadt rauf und runter. Selbst wenn es nicht so gewesen wäre, in der bisherigen Beteiligung über zwei Hauptausschusssitzungen - ich war mehrfach in einzelnen Fraktionen dazu -, kann ich nicht nachvollziehen, dass es jetzt nicht ausreichend sein sollte, nach dieser langen Diskussion darüber zu entscheiden. Dass man dann auch dagegen ist, ist ja völlig in Ordnung.

Den anderen Punkt möchte ich gern erläutern. Ich bin schon der Meinung, dass die DAS FEST GmbH, nachdem wie sich das entwickelt, so in der Aufstellung nicht mehr zukunftsfähig sein kann, sondern dass wir hier weiterentwickeln müssen. Ich bin schon der Meinung, dass die Profilierung der Kernkompetenz und dadurch die Aufteilung zwischen Kongress und Messe einerseits und Tourismus andererseits sinnvoll ist, und zwar nicht, weil ich mit dem jetzigen unzufrieden bin, sondern weil ich denke, das können wir noch viel besser machen. Wir brauchen eine gleichrangigere Abstimmung der Geschäftsführungen über eine gemeinsame Linie. Auch das gelingt aus meiner Sicht dann mit der neuen Organisationsform besser. Insofern ist es eine Kritik an Bestehendem, aber es ist der Raum für weitere Verbesserungen. So bitte ich das dann auch von unserer Seite aus zu verstehen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich darf um das Kartenzeichen bitten. - Wir haben jetzt 15 Nein-Stimmen gezählt, 2 Enthaltungen, der Rest sind Ja-Stimmen. Jetzt müssen wir noch kurz überlegen, wie der Rest aussieht. Frau Meier-Augenstein fehlt noch. - 30 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen, dann wären wir bei 47. Das kann nicht stimmen. Vier fehlen. Dann müssten wir auf 45 kommen und nicht auf 47. - Wir sammeln ein.

(Die Stimmkarten werden eingesammelt und ausgezählt.)

- 28 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen. Dann sind wir bei 45. Das deckt sich mit der Anwesenheit. Herzlichen Dank.

Zur Beurkundung:  
Der Schriftführer: